

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2017
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 15.03.2017
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

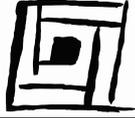
A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. . Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 0180/2017
6. . Anbau einer Mensa und eines Aufzuges in der Kindertageseinrichtung Am
Gosekolk
Vorlage: 0106/2017
7. . Trägerwechsel bei den Kindertageseinrichtungen Bergruthe 1 und Holthäuser
Straße 65
Vorlage: 0181/2017
8. . Antrag der CDU-Fraktion vom 30.11.2016
Darstellung der Finanzierung im Rahmen des KiBiz
Beschluss JHA 30.11.2016
9. . Einrichtung von Großtagespflegestellen
Vorlage: 0148/2017
10. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen



11. . Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz
Vorlage: 0155/2017
12. . Vorschlag der SPD-Fraktion und Sachantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP im Rat der Stadt Hagen
Hier: Ausweitung des Unterhaltsvorschusses / Verweisung aus dem Rat der Stadt Hagen an JHA und SOA vom 24.11.2016
Vorlage: 1054/2016
13. . Ausweitung des Unterhaltsvorschusses / Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 0116/2017
14. . Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a SGB VIII in Sportvereinen
Vorlage: 0114/2017
15. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Kaufmann, Herr Goldbach und Herr Reinke verabschieden Herrn Christian Goebels, der am 1. April eine neue Stelle in einer anderen Kommune antreten wird und bedanken sich für die gute Zusammenarbeit und wünschen alles Gute für die Zukunft.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Herr Reinke die Verpflichtung von Herrn David Wiegmann vor, der als stellvertretendes Mitglied für den Jugendrat im Ausschuss ist.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 zusammen zu beraten.

Er stellt abschließend fest, dass es keine weiteren Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann freut sich darüber, berichten zu können, dass die Stadt Hagen zusammen mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter der Stadt Hagen eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet habe. Die Jugendberufsagentur solle zentrale Anlaufstelle für alle Jugendlichen unter 25 Jahren sein.

Die Geschäftsführerin des Jobcenters Frau Gebhardt ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass die Jugendberufsagentur bei der Agentur für Arbeit untergebracht sein werde. Als Starttermin sei der 1. August vorgesehen.

Herr Reinke teilt mit, dass das Vielfalt Tut Gut Festival am 20. Mai stattfinden werde.

In der nächsten Woche tage der Fachbeirat Kinderschutzambulanz. Er vertrete dort den Jugendhilfeausschuss und nehme gern noch Anregungen und Fragen entgegen.

Vom Jugendring seien neue Mitglieder benannt worden. Wirksam würden diese erst nach Beschlussfassung im Rat der Stadt Hagen.

Einer aktuellen Presseerklärung der Bundestagsabgeordneten Frau Cemile Giousouf habe er entnommen, dass es Förderbescheide für die Stadt Hagen und den südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis in Höhe von 4 Millionen Euro für ca. 40 Kindertageseinrichtungen in Form einer zusätzlichen Förderung für Sprachkitas gebe.



3. Anliegen der Jugendräte

Herr Wiegmann berichtet aus der letzten Sitzung des Jugendrates.

4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch berichtet zum aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Herr Reinke fragt nach den in der letzten JHA-Sitzung angekündigten Strategien der Verwaltung.

Herr Hannusch verweist in dem Zusammenhang auf TOP 9, der eine der Strategien beschreibe. Eine weitere Strategie seien die beantragten Überbelegungen in den Einrichtungen, um gewisse Härten abzufedern. Nicht zu beeinflussen seien die Entwicklungen bei den Baumaßnahmen. Er sei zuversichtlich, dass man mit den beschriebenen Maßnahmen die Situation in Hagen deutlich entschärfen könne.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man letztendlich den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle diejenigen gewährleisten müsse, die einen Platz beanspruchen würden. Er gehe davon aus, dass es mit den zusätzlichen Maßnahmen gelingen werde, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Man benötige dazu auch die Unterstützung der Hagener Träger. Er sei sehr dankbar, dass das in Hagen gut funktioniere.

Herr Reinke erinnert daran, dass die Bundesregierung im Dezember vergangenen Jahres das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau aufgestockt habe. Nehme die Stadt Hagen daran teil?

Herr Hannusch bejaht diese Frage.

Frau Köppen möchte wissen, welche Konsequenzen es habe, wenn Eltern einen Antrag nach § 24 SGB VIII stellen.

Herr Hannusch erläutert, dass die Stadt nach einer solchen Antragstellung ein halbes Jahr Zeit habe, einen Kindergartenplatz anzubieten. Wenn dies nicht gelinge, könnte geklagt werden.

Herr Handel bittet um Erläuterung zur Einrichtung Volme Park.

Herr Hannusch ergänzt seine Ausführungen dahingehend. Diese Baumaßnahme sei eine von denen, die man nicht beeinflussen könne.



**5. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 0180/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Sie weist darauf hin, dass am heutigen Tage der Meldestichtag sei. Inhalt der Meldung sei, dass der Jugendhilfeausschuss die Planung beschlossen habe. Andernfalls würden die Kindertageseinrichtungen im nächsten Kindergartenjahr keine Zuschüsse des Landes erhalten.

Herr Reinke stellt fest, dass in der Vorlage die geplante Belegung mit rund 6200 Plätzen angegeben sei. Seien die eben erwähnten 178 Plätze darin enthalten?

Frau Haack bestätigt diese Annahme.

Weiterhin fragt Herr Reinke, ob prognostiziert werden könne, wie groß die Unterversorgung sei und wie viele Plätze fehlten.

Frau Haack macht deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss nur die Ist-Belegung beschließen müsse. Konkrete Zahlen über fehlende Plätze könnten derzeit nicht genannt werden.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Anlage aufgeführte Belegung der Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2017/2018.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

**6. Anbau einer Mensa und eines Aufzuges in der Kindertageseinrichtung Am Gosekolk
 Vorlage: 0106/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch erläutert die Vorlage.

Er bittet zu entschuldigen, dass der Grundriss nicht als Anlage der Vorlage beigefügt worden sei. Er erläutert den Grundriss mit Hilfe eines Schaubildes **(siehe Anlagen 1 – 3 zu TOP 6)**.

Herr Sondermeyer fragt im Hinblick auf die genannten Folgekosten, auf wie viele Jahre die Zahlen belastbar seien.

Frau Haack antwortet, dass bei einem Neubau immer für einen Zeitraum von 20 Jahren gerechnet würde.

Herr Reinke merkt an, dass hier ein Vorbehaltsbeschluss gefasst werden müsse, da die Bezirksvertretung Haspe erst am 6. April darüber entscheide.

Er stellt den Vorbehaltsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der An- und Ausbaumaßnahme für die Kindertageseinrichtung Am Gosekolk 2 wird vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Haspe zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**7. Trägerwechsel bei den Kindertageseinrichtungen Bergruthe 1 und Holthäuser Straße 65
Vorlage: 0181/2017**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

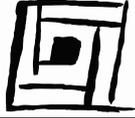
1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Trägerwechsel zu.
2. Der Trägerwechsel wird zum 01.08.2017 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



**8. Antrag der CDU-Fraktion vom 30.11.2016
Darstellung der Finanzierung im Rahmen des KiBiz
Beschluss JHA 30.11.2016**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke beschreibt die Hintergründe des CDU-Antrages vom 30.11.2016.

Herr Hannusch und Herr Leicht stellen die Finanzierung im Rahmen des KiBiz vor
(siehe Anlage zu TOP 8).

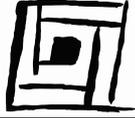
Herr Leicht teilt auf Nachfrage von Frau Baumann mit, dass die zusätzlichen Kindspauschalen nicht enthalten seien. Dargestellt sei nur die Regelfinanzierung.

Herr Goldbach verweist im Hinblick auf die gesamte Finanzierung darauf hin, dass sich die Kindpauschale aus drei verschiedenen Anteilen zusammensetze. Es handle sich um den Trägeranteil, den städtischen Anteil und den Anteil des Landesjugendamtes. Er beschreibt das Szenario. Wenn man für ein Jahr um 3 Prozent erhöhe, dann sei natürlich mehr Geld im System, aber der Trägeranteil steige auch gleichzeitig. Auf Landesebene gebe es intensive Überlegungen und Planungen, die gesamte KiBiz-Finanzierung neu aufzustellen.

Herr Reinke bedankt sich für die umfassende Darstellung.
Seine Frage, ob die Elternbeiträge den Jugendamtsanteil reduzierten, wird bejaht.

Herr Dahme schildert die Angelegenheit aus Sicht des kirchlichen Trägers.
Das KiBiz beinhalte eine 1,5 %ige Steigerung der Pauschalen pro Jahr.
Er weist auf die erheblichen Gehaltssteigerungen in den letzten Jahren hin, die weit darüber gelegen hätten. Für den Träger sei das irgendwann nicht mehr rechenbar. Man wende mindestens 80 % des Gesamtbudgets für Personalkosten auf, in manchen Einrichtungen sogar 95 %. Das sei für die Träger irgendwann finanziell nicht mehr zu stemmen. Auch die Rücklagen seien mittlerweile aufgebraucht. Beim Land habe man diese Problematik erkannt und sei bereit, die Finanzierung neu aufzustellen und die Träger zu entlasten. Eine Umsetzung werde aber erst nach der Landtagswahl erfolgen. Im Vorgriff auf diese Situation und die Not der Träger habe das Land eine 3%ige Erhöhung vorab ins System gegeben. Das zusätzliche Geld werde dringend benötigt.

Frau Baumann macht deutlich, dass die Elterninitiativen nicht von den zusätzlichen freiwilligen Zuschüssen der Stadt in Form einer Übernahme der Trägeranteile profitierten. Nichtsdestotrotz habe man ähnliche Probleme. Sie hätten aber Freiheiten dahingehend, dass sie keinem Tarifvertrag unterlägen. Das habe zur Folge, dass man nur noch Haustarife bezahle und die Mitarbeiter Lohnverzicht üben. Das sei die derzeitige Situation. Die Kindertagesstätten seien nicht auskömmlich finanziert und man hoffe auf eine Besserung nach der Landtagswahl. Dass keine Elterninitiative habe geschlossen werden müssen, habe viel mit der Eigenleistung der Eltern zu tun. Es sei ihr wichtig gewesen, das an dieser Stelle einmal zu betonen.



Herr Reinke zeigt sich beeindruckt von der Vielzahl der Informationen Er habe den Eindruck, dass die Botschaften angekommen seien.

9. Einrichtung von Großtagespflegestellen Vorlage: 0148/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch erläutert die Vorlage.

Frau Kaufmann bittet Herrn Hannusch noch auf die Thematik einzugehen, dass die Flexibilität nicht zu Lasten der angestellten Mitarbeiter gehe und es dennoch Kontinuität gebe.

Herr Hannusch beschreibt den angestrebten Qualitätsanspruch an die Einrichtung von Großtagespflegestellen. Die Kontinuität sei gewährleistet und die Qualität des Angebots werde vertraglich abgesichert. Man könne sich vorstellen, in den Prozess ein Qualitäts- und Quantitätsberichtswesen mit vereinbarten Zielen einzuführen und damit die Qualität der Maßnahme zu erhöhen.

Herr Goldbach merkt an, er wolle näher auf die Frage eingehen, was Flexibilität bedeute und warum man dieses Projekt anstoßen wolle. Im Vergleich zu anderen Großstädten sei man in Hagen mit diesem Angebot relativ schwach aufgestellt. Man habe einen hohen Anteil von institutionellen Plätzen und wenig Tagespflege. Tagespflege sei flexibel und man könne sich individuell auf die Betreuungsbedarfe der Familien einstellen. Flexibilität meine auch, mit dem Angebot schnell regional reagieren zu können.

Die Stadt Hagen müsse viel Geld investieren, um den Bedarf an Kindertagesbetreuung zu decken. Mit dem jetzigen Kostenmodell befinde man sich in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten, die man auch für eine Kindertageseinrichtung aufwenden müsse.

Man könne aktuell innerhalb kurzer Zeit 90 Plätze schaffen, die schwerpunktmäßig im U-3-Bereich angesiedelt sein und helfen würden, den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Herr Reinke betont, dass er die Vorlage positiv bewerte.
Stünde das Projekt in Wehringhausen jetzt vor dem Abschluss?

Herr Hannusch antwortet, dass das Projekt in Wehringhausen privatwirtschaftlicher Natur sei. Soweit er wisse, sei es noch nicht fertig gestellt.

Frau Köppen merkt an, dass sie das für einen guten weiteren Baustein halte, um die zu erwartende Mangelsituation zu bewältigen. Ihr stelle sich die Frage, wie schwer es sein werde, geeignetes Personal zu finden.



Herr Hannusch teilt mit, dass die Erfahrungen anderer Kommunen zeigten, dass die Personalakquise keine Probleme bereite. Ein Vorteil sei, dass die angestellten Betreuungspersonen hier nicht das finanzielle Risiko trügen. Sollte der Beschluss für die Einrichtung von Großtagespflegestellen gefasst werden, werde man in Hagen eine groß angelegte Werbeoffensive starten.

Frau Müller möchte wissen, ob die angemieteten Wohnungen barrierefrei seien.

Herr Hannusch antwortet, dass man das natürlich anstrebe, aber wahrscheinlich nicht in jedem Fall gewährleisten könne.

Herr Handel nimmt Bezug auf die zu schließenden Arbeitsverträge mit den Betreuungspersonen. Seien in dem Bereich Befristungen vorgesehen? Er denke daran, dass den Kindern in einem solchen Fall Bezugspersonen verloren gingen.

Herr Hannusch erklärt, dass die Vertragsgestaltung letztendlich den Trägern obliege, die man dafür verpflichte. Aus den geführten Gesprächen könne er sagen, dass es angestrebt sei, dieselben Personen vor Ort zu haben, solange das Projekt laufe. Aus Trägersicht werde es sicher interessant sein, bewährtes Personal auch für ein neues Projekt beizubehalten.

Herr Gül fragt, ob es privat tätigen Tagesmüttern bei vorhandenem Wohnraum auch möglich sei, eine Großtagespflegestelle zu betreiben.

Herr Hannusch erläutert hierzu, dass das möglich sei, wenn sie über die nötige Qualifikation verfügten. Außerdem müssten mindestens zwei Tagespflegepersonen zur Verfügung stehen. Es werde empfohlen, eine dritte Person als Springer zu haben, um Urlaubs- und Krankheitsausfälle abzudecken. Das Jugendamt überprüfe außerdem die Eignung der Personen. Da setze man eine gewisse Erfahrung voraus. Man solle schon drei Jahre als Tagespflegeperson gearbeitet haben, um in einer Großtagespflege zu arbeiten.

Frau Kaufmann bittet Herrn Hannusch aufzuzeigen, wie viel mehr die Großtagespflege die Stadt koste als eine stationäre Regeleinrichtung. Das Thema werde am morgigen Tag auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Man wolle deutlich machen, dass die Großtagespflege trotz höherer Kosten sinnvoll sei und sich lohne.

Herr Hannusch stellt die Berechnung vor.

Frau Haack ergänzt, dass diese Berechnung ergeben habe, dass die Betreuung durch Tagesmütter im U-3-Bereich gleich teuer sei, allerdings im Ü-3-Bereich teurer sei.

Herr Goldbach merkt an, dass es eine fast vergleichbare Größenordnung sei. Für die morgige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses werde man ein Rechenbeispiel vorbereiten. Insgesamt beliefen sich die Kosten für einen Kita-Platz auf ca. 650/750 € pro Monat und Kind. Die Kosten für die Tagespflege seien etwas teurer. Die Kitaplätze würden aktuell vom Land noch stärker gefördert als die Tagespflege.



Eine kommunale Forderung für die Neugestaltung des KiBiz müsste beinhalten, die Tagespflege von Seiten des Landes deutlich stärker zu fördern, um die Tagespflege ausbauen zu können.

Frau Köppen kann die aufgestellte Rechnung nicht nachvollziehen. Die Tagespflege müsste doch ihres Erachtens deutlich günstiger sein.

Herr Hannusch teilt mit, dass es für die Tagespflege einen sehr viel geringeren Landeszuschuss gebe.

Frau Haack ergänzt, dass die Tagespflege in Bezug auf Personalkosten günstiger sei. Im KiBiz würden aber die bei Kindertageseinrichtungen anderen anfallenden Kosten extra finanziert.

Die Frage von Frau Buchholz, ob Ziel sei, den Ausbau der Tagespflege bis zum Sommer umzusetzen, wird von der Verwaltung bejaht.

Herr Reinke fragt, ob der Jugendhilfeausschuss beteiligt werde, wenn entsprechende Vereinbarungen mit den Trägern geschlossen würden.

Herr Hannusch sagt das zu.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, der Einrichtung von bis zu 10 Großtagespflegestellen in freier Trägerschaft wie in der Vorlage dargestellt, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



10. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet über die Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Die Situation sei nach wie vor sehr schwierig. Gerade bei den Familien aus Osteuropa sei eine Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten häufig nicht gewollt. Die Mitarbeiter des Jugendamtes versuchten intensiv, die Familien davon zu überzeugen. Kindertagesbetreuung sei jedoch nach wie vor ein freiwilliges Angebot.

Frau Kaufmann ergänzt, dass der Zuzug von Südosteuropäern in Hagen rückläufig sei. Das mache sich deutlich bemerkbar.

Herr Reinke dankt Frau Haack für die Präsentation.

11. Maßnahmen- und Angebotskonzept im Kinderschutz Vorlage: 0155/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Er beschreibt die Gründe für die Präsentation der Vorlage.

Man habe vor kurzem die Evaluation der Frühen Hilfen im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Man sei der Meinung, dass man damit aussagefähig sei, wie wirksam diese seien. Es müsse entschieden werden, ob man den Weg der bisherigen Projekte weitergehen wolle.

Im Mai befinde man sich intern in den Haushaltsgesprächen und werde dabei den Doppelhaushalt 2018/2019 beraten. Bisher seien die Mittel in der Finanzplanung bis Ende 2018 eingeplant.

Auf Grundlage der Evaluation und dieser Vorlage werde man vorschlagen, die bisherigen Angebote aus der Projektfinanzierung in ein Regelangebot umzuwandeln.

Dabei gebe es ein paar „Stolpersteine“, die bereits bekannt gewesen seien. Es gebe ein Finanzierungsproblem durch die gestiegenen Personalkosten, die sich insbesondere in den Bereichen der Familienhebammen und der Familienbegleiter bemerkbar machten. Teilweise sei der Fehlbedarf bei den Familienhebammen durch Mittel eines EU-Projektes kompensiert worden. Er beschreibe die Folgen, die sich daraus ergeben. Man könne einen Weg vorschlagen, der zukunftsfest sei.

Da man aber im Einvernehmen mit dem Stadtkämmerer im bisherigen finanziellen Rahmen geplant habe, habe man schauen müssen, wo man die Mehrkosten kompensieren könne. Das sei bei der Projektförderung am leichtesten gefallen, weil es dort andere Projektfördermöglichkeiten gebe.



Weiterhin habe man den weiteren Finanzierungsbedarf beim Fachbereich Jugend und Soziales gesucht. Man schlage es an einer Stelle vor, die der Verwaltung nicht leicht falle.

So wie es jedoch in der Vorlage stehe, sei es nicht haltbar und man müsse daher noch einmal dazu Stellung nehmen. Man ziehe sich an der Stelle nicht zurück, weil das Angebot nicht angenommen worden oder nicht gut sei. Es gehe aber über die gesetzliche Verpflichtung hinaus. Man habe verabredet, dass gemeinsam noch einmal geschaut werde, ob man dieses Angebot beim Rat am Ring trotzdem noch platzieren könne.

Er habe gehört, dass man in der heutigen Sitzung eine erste Lesung der Vorlage beantragen wolle. Eine Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses im Mai sei vom Zeitplan her ausreichend. Man würde den Punkt der Beratung nach § 8b SGB VIII intern noch einmal aufgreifen. Es bestehe ein Angebot der Kinderschutzambulanz, an der Stelle einzutreten. Man werde diesen Punkt bis zur Mai-Sitzung noch einmal gesondert beraten.

Herr Reinke erklärt, dass auch seine Fraktion noch Beratungsbedarf sehe und am Ende des Tagesordnungspunktes einen Antrag auf Vertagung auf die Mai-Sitzung stellen werde. Es sei anerkennenswert, dass von Seiten der Verwaltung versucht werde, das Budget nicht zu überschreiten. Im Unterausschuss habe man einige Punkte auch anders diskutiert.

Eine Empfehlung aus dem Bericht sei gewesen, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Er habe heute den Auftrag aus dem Arbeitskreis gegen sexuelle Gewalt und Kindesmissbrauch mitgenommen, die Öffentlichkeitsarbeit durch einen Internetauftritt zum Thema Kinderschutz zu verbessern. Er habe auch den Eindruck, dass die Angebote der Stadt in diesem Bereich im Internet unzureichend dargestellt seien. Das sei ein Sachauftrag an die Verwaltung, diesen Internetauftritt unter Berücksichtigung und Einbezug des o.g. Arbeitskreises in Angriff zu nehmen.

Herr Goebels ergänzt die Ausführungen von Herrn Goldbach. Er beschreibe die Ausgangslage der Entwicklung im Kinderschutz. Er sei froh, dass die Stadt Hagen so ein umfangreiches Programm im Bereich der Frühen Hilfen aufgestellt habe. Das Programm biete eine Chance, die frühkindliche Bindung an die Eltern zu stärken. Das sei der einzige Weg, problematische Fälle in der Erziehungshilfe zu vermeiden.

Herr Koslowski betont, dass ihm ein Hinweis im Zusammenhang mit den Familienpaten wichtig sei. Die Finanzierung der Familienpaten sei nicht auskömmlich. Das funktioniere nur im Moment, weil Eigenmittel beider Träger miteinflössen. Er wisse nicht, ob das zukünftig weiter so möglich sei, diese Eigenmittel aufzubringen.

Herr Reinke bedankt sich für den Hinweis und betont, dass das mit zu den Fragen gehöre, die man noch klären wolle.

Herr Goldbach stellt fest, dass man sich mit allen Trägern einvernehmlich über das Gesamtkonzept verständigt habe. Auch für die Familienpaten sei die jährliche Dynamisierung mit 3% enthalten, um auch dort die Zukunftsfähigkeit zu sichern. Er sei der Meinung, dass man mit dieser Vorlage einen guten Weg aufzeige, um auch über 2018/2019 hinaus die wesentlichen Punkte von Kinderschutz und präventiven Angeboten in Hagen zu sichern.



Frau Hamann möchte eine Gesamtbewertung dieses Konzeptes abgeben. Man könne sich in Hagen dazu beglückwünschen, dass man das zum gegenwärtigen Zeitpunkt schon so weit qualitativ und konzeptionell entwickelt habe. Die Zeichen in der Gesetzgebung gingen alle in diese Richtung einer dritten Säule eines Leistungskataloges. Darauf könne man in Hagen sehr stolz sein. Sie bitte, das zu verteidigen und zu stabilisieren.

Herr Reinke stellt fest, dass es zwei Anträge gebe. Zum einen gebe es den Antrag auf einen verbesserten Internetauftritt. Werde dafür ein Beschluss benötigt?

Herr Goldbach führt dazu aus, dass die Verwaltung den Auftrag erst einmal mitnehmen wolle, um zu klären, wer dieses Angebot im Internet pflege. Den Internetauftritt zu gestalten sei nicht das Problem. Seine Erfahrung habe gezeigt, dass es immer ein Problem sei, über die Startphase hinaus ein überzeugendes Angebot anbieten zu können. Er würde daher gerne den Auftrag mitnehmen und in der Folge mit einem Kooperationspartner bearbeiten und dann ggf. einen Vorschlag machen, der auch umsetzbar sei. Das betreffe ja nicht die Grundausrichtung der Vorlage.

Herr Reinke stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Beschlussfassung der Vorlage auf die Mai-Sitzung des Jugendhilfeausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



12. **Vorschlag der SPD-Fraktion und Sachantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv und FDP im Rat der Stadt Hagen**
Hier: Ausweitung des Unterhaltsvorschusses / Verweisung aus dem Rat der Stadt Hagen an JHA und SOA vom 24.11.2016
Vorlage: 1054/2016

Der Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 13 beraten.

13. **Ausweitung des Unterhaltsvorschusses / Stellungnahme der Verwaltung**
Vorlage: 0116/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass die Anträge zum Unterhaltsvorschussgesetz aus den Beratungen im Rat der Stadt Hagen vom 24.11.2016 stammten.

Nach der Entwicklung könne er auch im Namen der anderen Fraktionen zum jetzigen Zeitpunkt sagen, dass sich die Anträge damit erledigt hätten, da alle Fragen beantwortet worden seien. Die Finanzierung und Aufteilung der Mittel zwischen Land und Kommunen seien noch nicht zufriedenstellend.

Gebe es schon Informationen, wie die Angelegenheit vom Land gesehen werde?

Herr Goldbach führt aus, dass man für den Haupt- und Finanzausschuss in der Angelegenheit zu einer Anfrage eine Stellungnahme verfasst habe. Er erläutert, wo die jetzige Aufteilung der Mittel herrührt. Das seinerzeit gültige Argument habe seine Berechtigung verloren. Der NRW-Städtetag habe das Problem aufgegriffen und eine Forderung in Richtung Land formuliert, die Anteilsfinanzierung des Landes deutlich zu ändern. Der Oberbürgermeister habe dazu die Hagener Landtagsabgeordneten angeschrieben und auf diesen Umstand hingewiesen und um Unterstützung bei der Initiative gebeten. Seines Wissens gebe es noch keine abschließende Positionierung des Landes zu dieser Frage.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen



14. Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a SGB VIII in Sportvereinen
Vorlage: 0114/2017

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung des § 72a SGB VIII mit Hagerer Sportvereinen, wie in der Vorlage und den dazugehörigen Anlagen dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin



Stadt Hagen – Jugendhilfeausschuss –

ANWESENHEITSLISTE

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.03.2017

Ort: Rathaus an der Volme, Raum A 201

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.30 Uhr

1. Mitglieder des Rates:

Ramona Timm-Bergs (SPD)

Sven Söhnchen (SPD)

Marianne Cramer (CDU)

Corinna Niemann (CDU)

Detlef Reinke (CDU)

Ralf Sondermeyer (Linke)

2. Stellv. Mitglieder des Rates:

keine

3. Stimmberechtigte Mitglieder

in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Karin Köppen

Manfred Handel

4. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

In der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Männer und Frauen

Ulrich Hässner

5. Stimmberechtigte Mitglieder

Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannten Träger der Freien Jugendhilfe

(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)

Birgit Buchholz

Thomas Koslowski

Mandy Gericke

Hannah Scharlau



**6. Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder
Männer und Frauen auf Vorschlag der anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe
(von Jugendverbänden und Wohlfahrtsverbänden)**

keine

7. Beratende Mitglieder:

Margarita Kaufmann
Reinhard Goldbach
Peter Passehl
Michael Dahme
Angelika Hamann
Liane Baumann
Andrea Gebhardt
Aydogan Gül
Marc Tönis
Birgit Utsch-Asbach

8. Stellv. beratende Mitglieder:

Christian Goebels
Johannes Schurgacz bis 17.50 Uhr
David Wiegmann
Klaus-Dieter Kreuser
Martina Müller

9. Gäste: keine

10. Von der Verwaltung:

Frau Haack 55/01
Frau Thiede 55/013
Frau Hümmerich 55/014
Frau Keller 55/3
Herr Hannusch 55/4
Herr Leicht 55/41

Schriftführerin: Sabine Hogrebe